



*Schneider (Keystone)*

*Von Kurt W. Zimmermann*

Kürzlich unterhielt ich mich mit Tito Tettamanti über die «No Billag»-Initiative. Tettamanti war etwas im Dilemma.

Als echtem Wirtschaftsliberalem gefiel ihm die Vorstellung, dass es keine staatlich verordneten TV-Abgaben mehr gibt, die SRG teilprivatisiert wird und sich darum stärker als heute über den Markt finanzieren muss.

Als echtem Tessiner missfiel ihm die Vorstellung, dass sich die italienische Schweiz bei einem reduzierten SRG-Budget nicht mehr ihre fünf Radio- und TV-Vollprogramme leisten kann.

Als Ausweg, sagte Tettamanti, bleibe ihm wohl nur «das taktische Ja».

So wie dem Tessiner Unternehmer geht es vielen von uns.

Rein ordnungspolitisch ist die «No Billag»-Initiative eine einleuchtende Sache. Es ist nicht einzusehen, warum man für TV-Sendungen eine Steuer zahlen soll, wenn man sie nie schaut. Fussgänger brauchen auch keine Autobahnvignette.

Die Schweiz wäre das erste Land Europas, das seinen Staatsfunk zumindest partiell privatisiert. Ausserhalb Europas gibt es solche Modelle schon, etwa in Kanada.

Der zweisprachige kanadische Rundfunk CBC ist grossteils mit öffentlichen Mitteln finanziert, hat vierzehn Regionalsender und ein etwas kleineres Budget als die SRG. Seinen Nachrichtenkanal CBC News Network hingegen gibt es nur im Pay-TV. Über zehn Millionen kanadische Haushalte haben den News-Sender abonniert. Das sind 70 Prozent. Sie zahlen gut fünfzig Franken im Jahr. Es ist genau das Modell, das die SRG und ihr Freundeskreis für unmöglich hält.

Rein realpolitisch ist die «No Billag»-Initiative hingegen keine einleuchtende Sache. Zu viele Interessen hängen an der Einfluss- und Geldmaschine SRG: die Politiker, die Parteien, die Filmindustrie, die Sportskameraden, die Verlagshäuser mit ihren subventionierten Radio- und TV-Stationen, die Rentner, die Jodler und die Bischöfe.

Diese breite SRG-Phalanx wird darum die «No Billag»-Initiative versenken. Es könnte zwar knapper werden, als es der SRG lieb ist, aber der öffentliche Funk kommt noch einmal davon.

Damit wären wir zurück beim taktischen Ja.

Wer sich eine schlankere SRG wünscht, die den Markt weniger verzerrt und die den privaten Medienhäusern mehr Atemluft lässt, der hatte bisher keine Chance. Das lehrte die Abstimmung zum Radio- und

TV-Gesetz von 2015. Die SRG gewann mit dem Zufallsmehr von 50,08 Prozent. An ihrer präpotenten Haltung änderte das nicht einen Millimeter. Sie blieb auf Verdrängungskurs und startete umgehend den Admeira-Werbeverbund, einen kommerziellen Feldzug auch gegen die Zeitungsverlage.

Diesmal könnte es etwas schwieriger werden. Die anfangs überraschend hohe Akzeptanz der «No Billag»-Initiative verleitete die SRG-Spitze zu Konzessionen, die sie heute vermutlich bereits bereut. SRG-Generaldirektor Gilles Marchand, und noch mehr seine Stellvertreterin Ladina Heimgartner, kündigten eine schlankere und weniger aggressive SRG an. Nach der gewonnenen Abstimmung werden sie sich, in bester Firmentradition, daran kaum mehr erinnern.

Aus taktischen Gründen ist darum ein Ja zu «No Billag» angezeigt. Nur so kann man die SRG-Spitze dazu bringen, die versprochene SRG light umzusetzen. Je höher der Ja-Anteil liegt, umso höher ist der Druck auf das Management und auch auf die Politik. Wenn schon, wäre ideal, wenn die SRG mit eher knappen 46 oder 47 Prozent der Stimmen gewinnen würde.

Ich werde also, wie viele andere, ein taktisches Ja einlegen. Ich werde mit dem Ja an der Urne nicht gewinnen. Aber manchmal muss man im Leben auch zu den Verlierern gehören.